

Deutsche MittelstandsNachrichten

powered by  QUADRIGA CAPITAL

Konjunktur

Deutscher Mittelstand investiert lieber im Ausland

Deutsche Firmen schöpfen heimisches Investitionspotenzial nicht aus / wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen „befriedigend“

Wegen schlechter Standortbedingungen investieren deutsche Firmen offenbar längst nicht so viel im Inland, wie sie eigentlich könnten. Begründet wird dies häufig mit negativen Rahmenbedingungen durch die Politik. So hätten Vorgaben zum Arbeitsrecht bei vielen Betrieben für steigende Bürokratiekosten gesorgt. Zudem schrecke manche Firma wegen rigider Bauvorgaben vor einer Erweiterung seiner Fabrik oder anderer Anlagen zurück – dies geschehe dann bei Standorten im Ausland, während man im Inland vor allem auf Ersatzinvestitionen setze.

Die Welt berichtete jüngst von einem erfolgreichen Unternehmen mit 130 Mitarbeitern, das seine Produktion nach Mexiko verlagern wird. Warum?

Es sucht nicht den nationalen Absatzmarkt, sondern eine Produktionsstätte für die von dort aus beständig wachsenden Exportmärkte. Denn für dieses



Nur etwa jede dritte Firma will in den kommenden Jahren bei ihren Investitionen stärker auf Deutschland setzen. Foto: dpa

international agierende Unternehmen wird die immer restriktivere Auslegung des deutschen Arbeitsschutzgesetzes am Hauptstandort in Nordrhein-Westfalen zur wachsenden Bedrohung“, schreibt die Zeitung. Inzwischen sei das Unternehmen aufgrund des Arbeitsschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen nicht mehr in der Lage, überraschend Produk-

tionsschichten am Wochenende einzuführen.

Nur etwa jede dritte Firma (36,3 Prozent) will in den kommenden Jahren bei ihren Investitionen stärker auf Deutschland setzen, wie aus einer Befragung des Ifo-Instituts im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hervorgeht.

Dies ist nach Darstellung der Autoren insofern wenig, als in den vergangenen fünf Jahren gut die Hälfte der befragten Firmen angab, den Inlandsanteil an ihren Gesamtinvestitionen erhöht zu haben (51,2 Prozent). Die Autoren vermuten, dass das heimische Investitionspotenzial „nicht voll umfänglich ausgeschöpft“ werde.

„Die derzeit gute Wirtschaftslage birgt die Gefahr, dass die Politik sich zu wenig um angemessene Rahmenbedingungen für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland kümmert“,

Analyse

Deutsche horten große Mengen Bargeld zuhause

Viele Deutsche horten einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS-Emnid zufolge ihr Bargeld lieber zuhause als auf einem Konto bei der Bank. Wie aus einer von der Funke-Mediengruppe veröffentlichten Umfrage im Auftrag der Postbank hervorgeht, bewahrt mehr als jeder zweite Verbraucher bis zu 300 Euro in der eigenen Wohnung auf. 17,1 Prozent der Befragten haben demnach zwischen 300 und 1.000 Euro sofort griffbereit, sieben Prozent sogar mehr als 1.000 Euro.

„Dass Sparer viel Bargeld zu Hause verwahren, ist auch eine Folge der jahrelangen Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank“, sagte Marco Bargel, Chefvolkswirt der Postbank. Für private Haushalte lohne es sich bei ausbleibenden Zinserträgen kaum noch, ihr Geld auf einem Sparkonto zu halten. Gleichzeitig

liebten die Deutschen Bares. In kaum einem anderen Land sei der Anteil derjenigen, die ihre Einkäufe überwiegend bar bezahlen, so hoch wie hierzulande.

Das bestätigt auch eine Studie des Marktforschungsinstituts YouGov. Diese hat gezeigt, dass viele beliebte Einkaufsstandorte weiterhin stark auf eine stete Bargeldversorgung ihrer örtlichen Geschäfte angewiesen sind. 62 Prozent der Deutschen geben an, dass sie bei ihrem letzten Einkauf in einer Fußgängerzone mit Bargeld bezahlt haben, während 58 Prozent Bargeld für ihren letzten Einkauf in einem Supermarkt benutzten. Gleichzeitig bezahlten 93 Prozent in typischen kleineren Läden wie Bäckereien oder Kiosken mit Bargeld, so die dpa.

Die Vorstöße, welche auf eine Einschränkung oder Abschaffung des Bar-

geld-Gebrauchs abzielen, haben sich in den vergangenen Jahren gehäuft. Beispielsweise hatte die EU-Kommission vergangenes Jahr beschlossen, den 500-Euro-Schein abzuschaffen. Meist werden diese Restriktionen mit dem Kampf gegen Schwarzarbeit, Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung begründet. Dies erscheint zwar plausibel. Wahrscheinlich ist aber, dass die Forderungen nach einer Digitalisierung des Geldes noch andere Gründe haben. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass Bargeld die einzige Möglichkeit der Bürger darstellt, ihre Ersparnisse vor dem Zugriff der Staaten und Banken und etwaiger Sonderabgaben oder Vermögenssteuern zu schützen. Zudem erlaubt es Bargeld, anonym zu bezahlen.

zitiert die dpa Ifo-Chef Clemens Fuest. Stiftungsvorstand Rainer Kirchdörfer appellierte an die Politik, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Eine Studie des Beratungsunternehmens PwC aus dem Jahr 2016 kam zu

dem Schluss, dass knapp 50 Prozent der befragten mittelständischen Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland nur als „befriedigend“ einstufen. Rund neun Prozent der befragten Unternehmen kommen zu

einer negativen Einschätzung. 82 Prozent geben an, dass die Last in den vergangenen fünf Jahren gestiegen ist. Und weniger als ein Prozent der industriellen Mittelständler spürt eine Entlastung von der Bürokratie.

Geldpolitik

EU nervös: China lockt Osteuropa mit der Neuen Seidenstraße

China startet eine Investitions-Offensive / Die EU ist besorgt über die Aktivitäten

Die „16+1“-Initiative Chinas, die im Rahmen des Projekts der Neuen Seidenstraße („One Belt, One Road“) durchgeführt wird, dient der Intensivierung und Erweiterung der Zusammenarbeit mit elf EU-Mitgliedstaaten und fünf Balkanländern. Dazu zählen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, die Slowakei und Slowenien. Die Region hat eine Einwohnerzahl von 120 Millionen Menschen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentriert sich vor allem auf die Bereiche der Infrastruktur, der Spitzentechnologien und der Erneuerbaren Energien. Das geht aus der Webseite des China-CEEC Business Councils hervor.

Der chinesische Premierminister Li Keqiang und der ungarische Premierminister Viktor Orban hatten den sechsten „16+1“-Gipfel in Budapest eröffnet. Dies sorgte nach einem Bericht von Politico für Unruhe in Brüssel. Insbesondere mit den Aktivitäten Chinas auf dem Balkan ist die EU unzufrieden. Bisher soll China etwa 6,4 Milliarden Euro in Mittel- und Osteuropa (CEE) investiert haben. Im vergangenen Jahr stieg der bilaterale Handel zwischen China und den CEE-Ländern im Vergleich zum Jahr 2011 um elf Prozent.

Ungarn hat bisher am meisten von den chinesischen Investitionen in Europa profitiert. Im Jahr 2012 waren die chinesischen Investitionen in Ungarn mehr als doppelt so hoch wie die Investitionen

in Polen, die die zweithöchsten chinesischen Investitionen in der CEE-Region verzeichneten, so das Magazin Forbes. Bis 2015 gingen 80 Prozent der chinesischen Investitionen in der CEE-Region nach Ungarn. Im April eröffnete China seine erste Denkfabrik in Budapest, die den Namen „CEE-China Institute“ trägt, so die Nachrichtenagentur Xinhua. Der erste chinesische Güterzug mit Waren im Wert von

das European Council on Foreign Relations (ECFR).

EU-Kommission beunruhigt über China

Allerdings muss China große Schwierigkeiten überwinden, um seine Investitionstätigkeiten in der CEE-Region weiter voranzutreiben. „Die chinesischen Investitionen in die EU-

Mitgliedstaaten der 16 + 1 sind begrenzt geblieben (...). Einige Länder haben in den letzten fünf Jahren keine neuen chinesischen Großinvestoren erhalten“, zitiert Politico Tamas Matura von der Corvinus-Universität in Budapest. „In den Balkanländern Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina waren die chinesischen Investoren erfolgreicher. Denn dort sind nach Angaben von Matura EU-Mittel nicht verfügbar und EU-Vorschriften nicht anwendbar“. Für die anderen CEE-Staaten gelten die EU-Regulierungsanforderungen, die mit den chinesischen Investitionsvorhaben oftmals nicht vereinbar sind. Beispielsweise kann ein chinesisches Finanzierungsprogramm für die CEE-Region im Wert von zehn Milliarden Dollar nicht umgesetzt werden, weil es den Anforderungen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht entspricht, so das ECFR.

Die EU-Kommission befürchtet, dass die enge Zusammenarbeit zwischen der CEE-Region und China zu einer Untergrabung der Beziehungen der EU zu den CEE-Staaten führen könnte. Allerdings haben



Chinas Aktivitäten in Osteuropa.

Grafik: ECFR

mehr als einer Million Dollar kam im April in Ungarn an.

Der Handel zwischen der CEE-Region und China ist zwischen 2009 und 2014 um 86 Prozent gestiegen und hat im vergangenen Jahr ein Volumen von 100 Milliarden US-Dollar erreicht. 80 Prozent des Handels in dieser Zeitperiode wurde mit der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowakei und Rumänien abgewickelt, so

die Nicht-EU-Staaten der CEE-Region – die Balkanländer – einen größeren Spielraum als die anderen CEE-Staaten. In Serbien, dem größten Nutznießer chinesischer Investitionen in der Region, hat China Fabriken gekauft und Finanzmittel für Straßen, Brücken, Energieprojekte und Eisenbahnen bereitgestellt. „Es gibt keine Probleme in unseren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Wir sind immer auf derselben Seite. Wenn China etwas zu sagen hat, sind wir immer auf der Seite Chinas“, zitiert B92 den serbischen Präsidenten Alexander Vucic.

China kauft sich in Europa ein

Auffällig ist, dass China in den vergangenen Jahren auch massiv in führende EU-Staaten investiert hat. Negative Stimmen aus Brüssel wurden im Verlauf dieser Investitionen nicht registriert.

- Im Jahr 2010 kaufte der chinesische Automobilhersteller Geely den schwedischen Autobauer Volvo für 1,5 Milliarden Dollar.
- Im Jahr 2011 übernahm die China Three Gorges Corporation (CTG) 21,3 Prozent der Anteile am portugiesischen Stromversorger Energias de Portugal für 3,510 Milliarden Dollar.
- Im selben Jahr übernahm die China Investment Corporation (CIC) 30 Prozent am französischen Energieversorger GDF Suez für 3,240 Milliarden Dollar.
- Die chinesische Wanhua Industrial Group übernahm im Jahr 2011 die ungarische Chemiefirma Borsod Chemicals für 1,552 Milliarden Dollar.
- Im Jahr 2011 kaufte die Petro China Corporation 50 Prozent der Anteile am

britischen Chemieunternehmen INEOS für 1,015 Milliarden Dollar.

- Im Jahr 2012 erwarb der chinesische Lebensmittelhersteller Brightfoods 60 Prozent der Anteile an der britischen Müsli-Marke Weetabix für 1,940 Milliarden Dollar.
- Im selben Jahr kaufte der chinesische Energie-Riese Sinopec 49 Prozent der Anteile am britischen Energie-Konzern Talisman Energy für 1,5 Milliarden Dollar.
- Weitere Übernahmen in den Jahren 2012, 2013 und 2014 im Volumen von 10,881 Milliarden Dollar erfolgten in Spanien, Deutschland, Ungarn, Italien, Großbritannien und Holland.

Diese Daten gehen aus einer Aufstellung des ungarischen Wirtschafts-Journals Polgari Szemle hervor.

Das Mercator Institute for China Studies (MERICS) hat in einem Bericht die chinesischen Direktinvestitionen in den EU-28-Staaten zwischen 2010 und 2014 aufgelistet. Die Investitionen betreffen Neugründungen, Fusionen und Übernahmen. China investierte der Aufstellung zufolge in Deutschland 6,872 Milliarden Euro, in den Niederlanden 2,997 Milliarden Euro, in Belgien 928 Millionen Euro, in Luxemburg 432 Millionen Euro, in Großbritannien 12,212 Milliarden Euro, in Irland 99 Millionen Euro, in Dänemark 134 Millionen Euro, in Schweden 1,552 Milliarden Euro, in Spanien 1,093 Milliarden Euro, in Finnland 102 Millionen Euro, in Frankreich 5,902 Milliarden Euro, in Portugal 5,138 Milliarden Euro, in Österreich 436 Millionen Euro und in Italien 4,202 Milliarden Euro. Weiterhin investierten

die Chinesen 453 Millionen Euro in Polen, 138 Millionen Euro in der Tschechischen Republik, in Slowenien acht Millionen Euro, in Kroatien vier Millionen Euro, in der Slowakei 40 Millionen Euro, in Ungarn 1,891 Milliarden Euro, in Rumänien 733 Millionen Euro, in Bulgarien 207 Millionen Euro, in Griechenland 405 Millionen Euro, in Estland 23 Millionen Euro, in Lettland drei Millionen Euro, in Litauen 30 Millionen Euro, in Malta 69 Millionen Euro und auf Zypern 31 Millionen Euro.

23 Prozent der Direktinvestitionen liefen in die Energiebranche, 13 Prozent in die Automobilbranche, zwölf Prozent in die Landwirtschaft und in die Nahrungsmittelbranche, elf Prozent in die Immobilienbranche, neun Prozent in den Maschinenbau, sechs Prozent in die Informations- und Kommunikationsbranche, fünf Prozent in die Werkstoffbranche, vier Prozent in die Finanzbranche, vier Prozent in die Transport- und Baubranche, jeweils zwei Prozent in die Gesundheitsbranche, in die Konsumgüterbranche und in die Elektrobranche und jeweils ein Prozent in die Metallbranche, in die Luftfahrt und ins Gastgewerbe.

Die chinesischen Direktinvestitionen zwischen 2010 und 2014 nach Mazedonien betrug 209 Millionen Euro und nach Serbien 1,854 Milliarden Euro. Das geht aus einer Grafik von UNCTAD hervor, die das Luxemburger Wort veröffentlicht hat. Die Direktinvestitionen nach Bosnien und Herzegowina betrug etwa 300 Millionen Euro, so Serbia Energy.

Geldanlage

Ex-Bürgermeisterin wegen Swap-Geschäften verurteilt

Skandalöse Zinswetten in Pforzheim haben zur Verurteilung der Ex-Bürgermeisterin geführt / Banken wurden nicht belangt

Wegen riskanter Zinswetten mit Millionenverlusten für die Stadt Pforzheim hat ein Gericht die damalige Ober-Bürgermeisterin und die frühere Kämmerin zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Justiz in Mannheim sah den Vorwurf der schweren Untreue bewiesen. Sie verurteilte Ex-Oberbürgermeisterin Christel Augenstein (FDP) zu einem Jahr und acht Monaten Haft auf

Bewährung und die damalige Kämmerin zu zwei Jahren auf Bewährung.

Richter Andreas Lindenthal warf den Verurteilten einen „gravierenden Pflichtverstoß“ vor. Der damaligen Stadtkämmerin sei das Risiko bekannt gewesen. „Sie haben gewusst, dass Sie Handgranaten kaufen und keine Ostereier“, sagte Lindenthal. Die damalige Oberbürgermeisterin wiederum hätte die

Dokumente vor der Unterschrift prüfen müssen.

Viele grundsätzliche Fragen, etwa ob Gemeinden überhaupt spekulieren dürfen, müsse aber der BGH beantworten. „Wir haben gelernt, dass Banken gefährliche Dinge verkaufen“, sagte der Richter. Die Verteidigung kündigte nach dem Prozess an, gegen das Urteil Revision einlegen zu wollen. „Das Urteil



Die frühere Oberbürgermeisterin von Pforzheim, Christel Augenstein (FDP), und ihr Anwalt Wolfgang Kubicki. Foto: dpa

ist nicht bestandsfähig“, sagte der Anwalt von Augenstein, der FDP-Vize-Vorsitzende Wolfgang Kubicki. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer Gefängnisstrafen unter drei Jahren gefordert. Die Verteidigung forderte dagegen Freisprüche.

Der Pforzheimer Oberbürgermeister Peter Boch (CDU) begrüßte, dass „nach so langer Zeit ein Urteil in erster Instanz gefallen“ sei. „Wir als Stadt werden jetzt die Rechtskraft des Urteils abwarten und sind

dann natürlich verpflichtet, zu prüfen, ob und welche juristischen Konsequenzen sich für uns aus dem Urteil ergeben“, sagte er.

An 18 Verhandlungstagen ging es vor der Großen Wirtschaftskammer in Mannheim um Geschäfte, bei denen Banken und Käufer Wetten auf die unterschiedliche Entwicklung von kurz- und langfristigen Zinsen eingehen. Diese Produkte galten 2005 und 2006 als Mittel zur Zinssicherung – auch für Kommunen. Allerdings sorgte die Entwicklung etwa

in Pforzheim für einen Millionenverlust. 2010 zog der Gemeinderat die Notbremse – am Ende stand ein Minus von rund 58 Millionen Euro. Inzwischen ist ein Großteil des Geldes nach Vergleichen mit beteiligten Banken wieder in der Kasse.

Den Vorwurf der Staatsanwaltschaft, sie hätten das Geld „verzockt“, wiesen die Angeklagten in ihren Schlussworten erneut zurück. Bei den Geschäften sei die Stadt das Opfer „intransparenter Geschäfte vertrauenswürdiger Banken“ geworden, sagte Augenstein. „Es gab keinen Anlass, an den Angeboten zu zweifeln“, betonte die Ex-Oberbürgermeisterin. Sie warf der Justiz ein „quälend langes und existenzvernichtendes Ermittlungsverfahren“ vor.

Auch die damalige Leiterin der Pforzheimer Stadtkasse wies die Vorwürfe zurück. „Nicht einer (in der Verwaltung) hat geglaubt, dass ich etwas anderes im Sinn hatte als das Wohl der Stadt“, sagte sie. „Ich habe immer alles offen kommuniziert“, sagte die Diplom-Wirtschaftsmathematikerin. „Ich bin keine Spielerin.“

Zu Prozessbeginn im August standen in Mannheim zunächst drei weitere Angeklagte vor Gericht. Die Verfahren gegen zwei Bankmitarbeiter und den damaligen stellvertretenden Stadtkämmerer wurden aber gegen die Zahlung von Geldauflagen eingestellt.

Cyber-Kriminalität

Hacker-Angriffe verursachen steigende Kosten

Die durch Cyber-Angriffe verursachten Kosten für Unternehmen sind im vergangenen Jahr stark gestiegen

Die Cyber-Kriegsführung wird zu einem immer größeren Problem für Unternehmen. Wie aus einer aktuellen Untersuchung der Unternehmensberatung Accenture hervorgeht, stieg im vergangenen Jahr nicht nur die Anzahl der Fälle stark, sondern auch die damit verbundenen Kosten. An der Umfrage nahmen 2.182 Personen aus 254 Unternehmen aus 7 Ländern teil.

Die Kosten, die großen Unternehmen durch Sicherheitsvorkehrungen sowie Schäden durch Hackerangriffe entstehen, variieren stark – abhängig von der Art der Hacker-Angriffe, der Branche des Unternehmens oder seiner Größe. Insgesamt jedoch stiegen die Kosten für Sicher-

heitsvorkehrungen im Jahr 2016 gegenüber 2015 durchschnittlich um 22,7 Prozent auf etwa 11,7 Millionen Dollar. Die Anzahl der Vorfälle stieg um etwa 27 Prozent.

Bei Daten-Diebstählen gingen die durchschnittlichen Kosten je entwendeter Dateneinheit zwar leicht von 158 Dollar auf 141 Dollar zurück, dafür stieg die Zahl der Diebstähle. Zu den bekanntesten Vorfällen des laufenden Jahres gehören beispielsweise Diebstähle von Millionen Kundendaten bei Yahoo, Uber und Equifax.

Die Zahl von Erpressungen nehmen derzeit besonders stark zu. Dabei stehlen Hacker Daten eines Unternehmens und fordern für die Rückgabe hohe Lösegelder. Im Jahr 2016 verdoppelte

sich deren Anzahl auf rund 27 Prozent aller Cyber-Angriffe.

Die Daten-Erpressungen sind nur der Beginn für etwas noch Gefährlicheres. „Die nächste Welle dürften Erpressungen sein, bei denen Kriminelle die Kontrolle über wichtige Unternehmen aus dem Energie- oder Verteidigungsbereich übernehmen“, wird ein Analyst des Ponemon Institute von der Financial Times zitiert.

Andere Beobachter weisen auf die Möglichkeit hin, dass Kriminelle Chaos verursachen, indem sie bewusst falsche Daten in die Algorithmen und Programme von Unternehmen einschleusen.

Finanzsystem

Bank of America sieht Anzeichen für neue Finanzkrise

Bank of America listet 15 Anzeichen auf, warum das Finanzsystem in Schieflage ist / Große Verlierer US-Dollar und Russland

Die US-amerikanische Großbank Bank of America stellt in einem aktuellen Bericht 15 Symptome vor, die nach Ansicht der Bank auf eine enorme Blasenbildung in allen Bereichen des Finanzsystems hindeuten. Chef-Anlagestrategie Michael Hartnett zufolge ist das laufende Jahr „eine perfekte Darstellung eines seit acht Jahren andauernden, von Anleihekäufen der Zentralbanken befeuerten, Bullenmarktes.“

Zu den von der Bank veröffentlichten Warnsignalen gehören:

Das angeblich von Leonardo Da Vinci stammende Gemälde „Salvator Mundi“ erzielte bei einer Auktion kürzlich einen Rekordpreis von etwa 450 Millionen Dollar – den mit Abstand höchsten jemals bei einer Auktion erzielten Preis.

Die Digitalwährung Bitcoin versiebenfacht ihren Wert zum Dollar seit Jahresbeginn von etwa 952 Dollar auf 7.890 Dollar. (Anm. der Redaktion: Am 22. November lag der Bitcoin-Kurs bereits bei etwa 8.300 Dollar)

Seit Jahresbeginn haben die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan zusammen finanzielle Wertpapiere im Gesamtumfang von rund 2 Billionen Dollar aufgekauft.

Die Anzahl der Leitzinssenkungen seit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im Oktober 2008 stieg im laufenden Jahr auf 702.

Die weltweiten Gesamtschulden stiegen im laufenden Jahr auf etwa 226 Billionen Dollar, was etwa 324 Prozent der jährlichen, weltweiten Wirtschaftsleistung entspricht.

US-Unternehmen nahmen mit 1,75 Billionen Dollar so viel neue Schulden auf wie nie zuvor in einem Jahr auf.

Die Renditen riskanter europäischer Anleihen („High Yield“) sanken unter die Renditen der langlaufenden US-Papiere. Hierzu kommentiert der Ökonom und ehemalige Direktor des Office of Management and Budget, David Stockman: „Das Finanzsystem ist mittlerweile mit Anomalien, Deformationen und falschen



Eine Brille liegt am 15.09.2008 auf einer Zeitung, in der die Kurse der Lehman-Titel verzeichnet sind. Foto: dpa

Preisen übersät – Dinge, die niemals in einem freien Markt vorkommen könnten. Beispielsweise liegt die durchschnittliche Rendite für Junk Bonds aus Europa unter den ‚risikofreien‘ US-Staatsanleihen, und zwar einzig aufgrund der Verwüstungen durch die EZB. Tatsächlich hat der verrückte Draghi seit dem Beginn der Anleihekäufe im März 2015 rund 2,6 Billionen Euro an Wertpapieren gekauft und hat seitdem damit mehr Staatsschulden aufgekauft, als alle sozialistischen Regierungen der EU herausgegeben haben.“

Staaten geben zunehmend Anleihen mit der extrem langen Laufzeit von 100 Jahren heraus. Beispielsweise Argentinien, welches in den vergangenen 200 Jahren acht Mal einen Staatsbankrott anmelden musste.

Die gesamte Marktkapitalisierung aller Aktienmärkte stieg allein bis zum Herbst 2017 um etwa 15,5 Billionen Dollar auf jetzt rund 86 Billionen Dollar. Dies ist der höchste jemals gemessene Wert und er entspricht rund 113 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung eines Jahres.

Die Erwartung der Marktteilnehmer hinsichtlich Kursschwankungen (Volatilität) sank im S&P 500-Index auf die tiefsten Werte seit mindestens 50 Jahren, während die erwartete Volatilität bei US-Staatsanleihen auf ein 30-Jahres-Tief sank.

Die Marktkapitalisierung der acht Technologie-Unternehmen Facebook, Apple, Amazon, Netflix, Google, Baidu, Alibaba und Tencent stieg um mehr als 1,5 Billionen Dollar. Damit ist der Anstieg größer als die gesamte Marktkapitalisierung des deutschen Aktienmarktes.

Auf 7855 börsengehandelte Fonds entfallen rund 70 Prozent aller täglichen Aktienspekulationen.

Im laufenden Jahr wurde der erste von Computeralgorithmen betriebene Fonds zugelassen (er liegt unter der Performance des Gesamtmarktes).

Die großen Gewinner: ACWI, China, Technologie, europäische Junk Bonds, der Euro

Die großen Verlierer: US-Dollar, Russland, Telefonanbieter, zweijährige US-Anleihen, die türkische Lira.

Energieversorgung

Das Rennen um die größte Batterie der Welt

Die grüne Elektrizität muss irgendwie gespeichert werden / Doch wer baut den Akku für die Energiewende

Die Gemeinde Jemgum in Ostfriesland ist bundesweit nicht gerade bekannt. Doch der Ort an der Ems-Mündung ist in der Auswahl derjenigen Standorte, an denen der regionale Versorger EWE mit Wissenschaftlern aus Jena eine riesige Batterie bauen könnte, so die dpa.

Es handelt sich um einen Stromspeicher für den Tagesbedarf von 75 000 Haushalten. Seit Jahren gehen Forscher und Firmen der Frage nach: Wie kann Strom aus Wind und Sonne in großen Mengen gespeichert werden? Das ist eine Schlüsselfrage der Energiewende in Deutschland, denn Strom wird auch bei Flaute und Dunkelheit gebraucht.

Im Labor ist nun in Jena der Nachweis gelungen, dass das geplante Verfahren funktionieren würde: Strom unter Tage in einem Gemisch aus Salzwasser und elektrisch geladenen Kunststoffteilchen zu speichern. Vom „fehlenden Puzzleteil“ für mehr Grünstrom, der „größten Batterie der Welt“, ja dem „Zaubertrank der Energiewende“ ist die Rede.

Doch so weit ist es längst nicht. Erstens, weil die Batterie im Salzstock nicht die einzige Speichermöglichkeit ist. Und zweitens, weil es auf viele wichtige Fragen noch keine Antwort gibt.

Salzstöcke in Deutschland können so groß sein, dass der Kölner Dom hineinpasste. Das Modell, das Ulrich Schubert nach Berlin gebracht hat, passt in einen Koffer. „Es besteht damit die Möglichkeit, etwas Revolutionäres zu machen“, sagt der Jenaer Chemiker.

Auf dem Tisch steht eine Flüssigbatterie. Wie in einer handelsüblichen Batterie bewegen sich darin Ionen, elektrisch geladene Teilchen, von einem Pol zum anderen. Der Unterschied: Die Einheit, in der Strom über Membranen in die Batterie hinein- und aus ihr herausfließt, ist vom Speichermedium getrennt. Damit gibt es keine Größenbeschränkung für den Speicher – nur

die Dimension des Salzstocks.

700 Megawattstunden will EWE unter Tage speichern, die Energie von etwa zwei Dutzend Windrädern. Mehrere tausend Tonnen Polymere, winzige Kunststoffteile, sollen dafür im Jahr 2023 unter Tage gepumpt und elektrisch aufgeladen werden. „Ja, wir können die Polymere so konfigurieren, dass sie sich in der Sole lösen“, so Schubert zum jüngsten Laborfortschritt.

Bisher wird Energie fast ausschließlich in Pumpspeicherkraftwerken gehalten: Strom treibt Pumpen an, mit denen Wasser in einen See hinaufbefördert wird, das bei Bedarf wieder hinabfließt und dabei Generatoren antreibt. 32 solche Anlagen gibt es nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft in Deutschland mit zusammen 7 Gigawatt Leistung. Eigentlich eine bewährte und effiziente Technik. Doch ihr Ausbau stockt. Die Betreiber kritisieren – wie auch EWE – zu hohe staatliche Abgaben für Stromspeicher.

Erst im Oktober gab EnBW Pläne für ein riesiges Pumpspeicherkraftwerk im Südschwarzwald auf, unter anderem wegen des Widerstands von Bürgerinitiativen und Umweltschützern. Der Speicherbedarf bleibt jedoch groß. Allein für die Thüringer Windenergie-Pläne seien rechnerisch mehr als 100 Pumpspeicherkraftwerke nötig, sagt Schubert.

Deshalb müsse man auch unter Tage gehen. EWE-Projektleiter Ralf Riekenberg gibt jedoch zu, dass vieles noch untersucht wer-



Wie kann Strom aus Wind und Sonne in großen Mengen gespeichert werden? Das ist eine Schlüsselfrage der Energiewende in Deutschland.

Foto: dpa

den muss. Woher kommen Batteriezellen ausreichender Größe? Wie reagiert man auf Störungen der chemischen Prozesse? Bleiben die unterirdischen Hohlräume stabil? Wie wirken sich Temperatur-Unterschiede unter Tage aus? Und wie schützt man bei Havarien das Grundwasser?

Die Proteste gegen die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid und das hydraulische Aufbrechen von Gestein zur Gasgewinnung (Fracking) haben die Verantwortlichen gelehrt, dass die Fragen klar beantwortet werden müssen. Offen ist auch, welcher von vier denkbaren Standorten in Norddeutschland und Rüdersdorf bei Berlin ausgewählt wird.

Unterdessen forschen auch andere an Flüssigbatterien für die Energiewende – etwa das Fraunhofer Institut in Pfinztal bei Karlsruhe, wo Tanks mit hunderttausenden Litern einer Vanadium-Elektrolytlösung stehen. Längst arbeiten Amerikaner, Chinesen und Japaner an eigenen Modellen. Einen anderen Weg geht der Energiekonzern in einem Berliner Heizkraftwerk: Dort soll Strom in Salz-Ionen gespeichert werden, um die Energie Wochen oder Monate später als Wärme in umliegende Häuser zu leiten.